

SPD demokratischer pressediens

P/XXVIII/112
14. Juni 1973

Die Lehren des 17. Juni

Realitätsnähe ist hilfreicher als manche
Deklamation

Von Klaus Schütz
Regierender Bürgermeister von Berlin und
Mitglied des SPD-Partei Vorstandes

Seite 1 und 2 / 61 Zeilen

"Auf eigenen Wunsch abgeschirmt !"

Julius Steiner unter bedenklichem Verschluß

Von Dr. Jürgen Schmude MdB
Mitglied des Rechtsausschusses des Deutschen
Bundestages und Mitglied des SPD-Fraktions-
vorstandes

Seite 3 und 4 / 47 Zeilen

"Nach bestem Wissen abgesichert"

Seite 4 / 16 Zeilen

Blockierung der neuen Grundsteuer ?

Der Bundesrat steht in schwerer Verantwortung

Von Rainer Offergeld MdB
Stellv. Vorsitzender des Finanzausschusses
des Deutschen Bundestages

Seite 5 / 29 Zeilen

Sonderbeilage: "Frau und Gesellschaft"

Die Lehren des 17. Juni

Realitätsnähe ist hilfreicher als manche Deklamation

Von Klaus Schütz

Regierender Bürgermeister von Berlin
und Mitglied des SPD-Parteivorstandes

Zwanzig Jahre sind seit dem 17. Juni 1953 vergangen. Dieses Tages zu gedenken besteht heute genauso viel Grund wie irgendwann in den Jahren zuvor. Fragwürdig geworden ist lediglich die Art, wie man bei uns dieses Tages gedenkt, sind die Gedenkfeiern selber und der Tag als Feiertag.

Wir haben am 17. Juni 1953 den Menschen in Ostberlin und der DDR nicht helfen können. Wir fühlten uns leidenschaftlich verbunden, wir waren solidarisch, aber wir standen hilflos abseits, wir waren ohnmächtig. Nicht, weil wir fernbleiben wollten, sondern weil wir unter dem Zwang der Umstände und der Tatsachen, unter dem Zwang der Lage, wie sie wirklich ist, fernbleiben mußten.

Im Grunde traf damals schon zu, was den meisten erst über die Jahre bewußt wurde: Daß in Deutschland zwei Staaten sind. Darum war, was am 17. Juni 1953 geschah, zwar nicht allein die Sache, aber allein das Leid der von uns getrennten Deutschen.

Wir kompensierten, ehrlich gemeint, daß Nichtstun können mit Gedenkfeiern. Sie sind über die Jahre hin immer fragwürdiger geworden. Wir sprachen von außen, wir sprachen als solche, die nur danebenstanden, und der Blick ging mehr nach rückwärts und weniger nach vorn. Die Gedenkfeiern wurden wirklichkeitsfremder.

Übrig blieb ein Feiertag, an dem man in unserem Teil Deutschlands die Freizeit pflegt, während die Bürger der DDR, diejenigen also, um die es damals ging, einen normalen Arbeitstag haben. Es gibt auch jetzt keinen Grund, diesen Tag als deutschen Gedenktag zu streichen. Aber es ist im freien Teil Deutschlands an der Zeit,

den 17. Juni als einen Tag zum Feiern aufzuheben.

Der 17. Juni als Werktag bringt uns vielleicht dem näher, worum es damals ging. Denn was die Menschen in Ostberlin und der DDR wollten, war dies: Einen Alltag haben, der besser und normaler und würdiger ist. Sie wollten weniger Normenschinderei, weniger Druck im Betrieb, keine Verhaftungen wegen einiger Worte zuviel, weniger Angst. Und sie wollten dafür: Besseren Lohn, mehr Befriedigung der Lebensbedürfnisse, Sicherheit für den Einzelnen und mehr Recht für jeden.

Das zeigt aber auch, daß die Interessen und die Handlungen am 17. Juni 1953 über das Private hinausgingen. Sie galten den Zuständen der Gesellschaft, in der man lebte, sie galten dem, was notwendig ist, damit Menschen ohne Zwang und in Würde, frei und in Frieden leben können. Die Verweigerung der Freiheits- und Grundrechte, die jede demokratische Gesellschaftsordnung ihren Mitgliedern garantiert, erklärt zusammen mit dem Wunsch nach einem besseren Alltag den Protest, den Aufstand gegen die kommunistische Ordnung.

Die Frage, die wir in der Bundesrepublik an diesen Tag zu beantworten haben, ist nicht, ob wir würdige und schöne Feiern durchführen oder ob wir lautstark uns bekennen und mit kräftigen Worten Forderungen verkünden. Die Frage lautet schlicht, ob wir alles getan haben, um mit kleinen Schritten und durch unser praktisches Handeln den Alltag in Deutschland - auch das alltägliche Leben zwischen den Deutschen in Ost und in West - erträglicher, leichter und lebenswerter zu gestalten. Und das da, wo es besonders schwer war und ist - nämlich angesichts der Realitäten, der Lage, wie sie wirklich ist.

Der 17. Juni kann für uns heute unter den gegenwärtigen Bedingungen nur bedeuten, daß wir uns weiter darum kümmern, in Berlin und in Deutschland die Dinge zwischen den beiden Staaten sinnvoller zu ordnen und konstruktiver auf friedliche Zusammenarbeit hinzugestalten. Es geht darum, schrittweise das Leben für jeden einfacher und offener zu machen. Das ist also nicht mehr die Politik der großen Worte, aber es ist in Wahrheit sehr viel mehr; denn Realitätsnähe ist heute hilfreicher und mehr Wert als manche Deklamation.

(-/14.6.1973/ks/ex)

"Auf eigenen Wunsch abgeschirmt !"

Julius Steiner unter bedenklichem Verschluß

Von Dr. Jürgen Schmude MdB

Mitglied des Rechtsausschusses des Deutschen Bundestages
und Mitglied des SPD-Fraktionsvorstandes

"Ich tat es nicht, weil ich Geld dafür bekommen habe. ...Bei dem angeblichen Stimmenkauf ist meine Weste sauber." Diese und andere wörtliche Zitate des früheren CDU-Abg. Julius Steiner sind kaum eine Woche alt. Ihr übereinstimmender eindeutiger Inhalt: Geld hat mit dem Abstimmungsverhalten Steiners beim konstruktiven Mißtrauensvotum im April 1972 nichts zu tun gehabt.

Ob es dabei bleiben würde, war Kennern von vornherein zweifelhaft. Von Kennern nicht der Vorgänge im April 1972, sondern der Praktiken und Absichten jener Journalisten ist die Rede, von denen Steiner seit fast zwei Wochen verwahrt wird.

Die Absicht der "Quick" ist offenkundig. Seit Jahren bekämpft dieses Blatt die Regierung Brandt/Scheel - unter anderem mit Indiskretionen - konsequent und energisch. Auch die Auswahl derjenigen Zeitungen, die man großzügig an dem "Fang" durch Kurzinterviews teilhaben läßt, zeigt die Linie der Gegnerschaft zur Koalition der SPD und FDP.

Immerhin verdankt die Öffentlichkeit solchen Berichten Aufschluß über den beklagenswerten Gesundheitszustand Steiners in seinem derzeitigen Gewahrsam. Von weitgehender Unfähigkeit zum normalen Gespräch und von Erinnerungslücken ist dabei die Rede. Medizinisch gesehen soll es sich um eine Schwäche der Herzkranzgefäße und um einen oder mehrere Nervenzusammenbrüche handeln.

Für eine Aussage bei der Sicherungsgruppe Bonn steht Steiner unter diesen Umständen nicht zur Verfügung. Für die "Quick" ist es aber offenbar nach wie vor lohnend, ihn in Gewahrsam zu halten,

um weitere Aussagen aus ihm herauszuholen.

Wie es heißt, wird Steiner auf eigenen Wunsch von der Öffentlichkeit abgeschirmt. "Abgeschirmt" wird er damit aber auch von der kritischen Prüfung der Umstände, unter denen seine Aussagen zustandekamen.

Dies alles wird man bei der Würdigung der Erklärungen Steiners im Auge behalten müssen. Der Untersuchungsausschuß des Bundestages tut sicher gut daran, sich sogleich nach der Konstituierung selbst ein Bild von Steiners Wissen zu machen. Dabei wird auch zu fragen sein, wie sich seine "Abschirmung von der Öffentlichkeit" im einzelnen abgespielt hat, welche ärztliche Versorgung er erhalten hat und wie weit Medikamente und Alkohol für sein Befinden und seine Aussagefähigkeit eine Rolle gespielt haben. Gefragt werden muß erst recht nach der Bezahlung für seinen Aufenthalt oder für einzelne Aussagen.

Sicherlich hat die Presse gerade bei der Aufklärung solcher Affären ihre bedeutungsvolle Aufgabe. Bedenklich wird es allerdings, wo sie sich selbst an die Stelle hoheitlich handelnder Ermittlungsorgane setzt. Die Grenzen des rechtlich Zulässigen werden hier zumindest berührt, auch wenn der Tatbestand der Freiheitsberaubung wegen des "eigenen Wunsches" noch nicht erfüllt sein sollte.

(-/14.6.1973/ks/ex)

"Nach bestem Wissen abgesichert"

Vor den Parteitage delegierten in Bonn rechtfertigte der scheidende CDU-Vorsitzende Dr. Barzel das konstruktive Mißtrauensvotum vom 27. April 1972 u.a. mit dem Hinweis, daß dieses politische Unternehmen "nach bestem Wissen abgesichert" gewesen sei. Nun in der Tat, mit den "Neuorientierten" Dr. Mende, Dr. Starke, Zogelmann, von Kühlmann-Stumm, Dr. Hupka, Dr. Müller (München), schien die Parlamentsaktion abgesichert zu sein. Sie blieb trotzdem erfolglos. Erfolgreich dagegen waren die Herren Mende, Starke, Zogelmann, Kühlmann-Stumm, Hupka und Müller, ihnen gelang es, über die Listen der CDU/CSU wieder im Siebten Bundestag zu erscheinen. War das Zufall? Dem Betrachter der politischen Szenerie von damals drängt sich die politische Antwort auf, diese Herren waren wegen ihrer Hilfsbereitschaft für Dr. Barzel zur Wiederwahl in den Bundestag gewiß "nach bestem Wissen abgesichert" worden.

Daran in diesen Tagen zu erinnern, kann so unangebracht nicht sein.

(ms/14.6.1973/ks/ex)

Blockierung der neuen Grundsteuer ?

Der Bundesrat steht in schwerer Verantwortung

Von Rainer Offergeld MdB

Stellv. Vorsitzender des Finanzausschusses des Deutschen Bundestages

Der Bundesrat hat am 15. Juni Gelegenheit, sich nochmals mit der Reform der Grundsteuer zu befassen und das Inkrafttreten des neuen Grundsteuerrechts zum 1. Januar 1974 sicherzustellen.

Der Bundestag - Regierungskoalition und Opposition - wollte durch die zügige Behandlung der Grundsteuerreform die Geltung der neuen Einheitswerte 1964 wenigstens in einem wichtigen Bereich herbeiführen und gleichzeitig den Gemeinden das schon zu Zeiten der Großen Koalition zugesagte Mehraufkommen von rd. 800 Millionen DM verschaffen. Verhindert der Bundesrat die Verabschiedung des neuen Grundsteuerrechts, ergeben sich unabsehbare Konsequenzen: Es ist rechtlich sehr zweifelhaft, ob die Grundsteuer ab 1974 noch auf der Basis der alten Einheitswerte erhoben werden kann, und nur wenn das neue Grundsteuerrecht sofort in Kraft tritt, kann die Umstellung auf die neue Rechtslage rechtzeitig erfolgen und die kontinuierliche Steuererhebung ab 1. Januar 1974 gesichert werden. Wäre es zu verantworten, Steuereinnahmen in Höhe von über 2,2 Milliarden DM zu gefährden?

Man erinnert sich: Die neue Grundsteuer wurde im Bundestag nahezu einstimmig verabschiedet und auch der Bundesrat hat in der Sache keinerlei Einwendungen erhoben. Die zusätzliche Forderung des Bundesrats im Vermittlungsverfahren, ab 1. Januar 1974 die neuen Einheitswerte auch bei der Vermögenssteuer anzuwenden, ist in der Sache diskussionswürdig, doch es geht nicht an, dieses Verlangen auf Kosten der Kommunen durch die Blockierung der Grundsteuer durchzusetzen zu wollen. Die Finanzierung der Haushalte der Städte und Gemeinden ist eine zu ernste Angelegenheit, als daß der Bundesrat ein weiteres Zögern verantworten könnte. Die neue Grundsteuer, in der Sache von niemandem in Frage gestellt, muß unverzüglich verabschiedet werden.

(-/14.6.1973/ex/ks)